

INFORMATIONSDIENST

IÖW INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG GmbH

VÖW VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

Ökologische Produktpolitik

– Anforderungen, Instrumente, Akteure –

Erst allmählich setzt sich in der Öffentlichkeit die Meinung durch, daß der heutige Wohlstand der Industriegesellschaften auf der systematischen Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und dem immer schnelleren und größeren Stoffumsatz beruht. Nach wie vor wird bei der industriellen Produktion mit Rohstoffen und Energie verschwenderisch umgegangen, obwohl längst bekannt ist, daß deren Nutzung begrenzt ist. Ebenso wenig wird darauf geachtet, daß bei der Herstellung von Produkten keine Abfälle mehr anfallen. Die Natur reagiert ihrerseits mit den uns allen bekannten Umweltschäden wie Waldsterben, weltweiter Versteppung, Klimaveränderungen, Ozonabbau, Aussterben von Tier- und Pflanzenarten sowie der Belastung von Böden und Grundwasser mit Schwermetallen.

Eine wesentliche Voraussetzung, um den in Produktion und auch beim Konsum bewegten Stoffumsatz zu reduzieren, könnte in einer ökologischen Produktpolitik liegen, indem die in den Produkten verwendeten Stoffe wieder in die natürlichen Kreisläufe eingepaßt werden. Der Begriff der Produktpolitik steht dabei in einem *Spannungsverhältnis* zwischen mikro- und makroökonomischen Akteuren: Als Begriff findet er sich *klassischerweise* im Marketing-Mix von Unternehmen: Kommunikations-, Preis-, Distributions- und eben Produktpolitik. Diese Begriffsverwendung knüpft an eine mikroökonomische Betrachtung an und untersucht die Konsequenzen von produktpolitischen Maßnahmen eines Unternehmens auf seine Marktposition. Produktpolitik darf jedoch nicht ausschließlich auf der mikroökonomischen Ebene abgehandelt werden, sondern beinhaltet auch eine Gestaltungsaufgabe für verschiedene gesellschaftliche Akteure. Die Vorgabe und Ausgestaltung von Rahmenbedingungen für Unternehmen kann nur durch den Staat als Normengeber erfolgen: Produktpolitik wäre demnach analog anderen Politikfeldern auch als eine Auf-

gabe staatlicher Politik anzusehen. Daraus ist zu folgern, daß Produktpolitik eben auch auf makroökonomischer Ebene stattfinden sollte.

Staatliche Produktpolitik ist dabei nichts Neues. Sie hat es in der Vergangenheit schon immer gegeben und von jeher die Produktpolitik der Unternehmen mitbestimmt. Dabei kommt ein durchaus reichhaltiges instrumentelles Arsenal zum Einsatz: Produktpolitische Instrumentgruppen reichen von ordnungsrechtlichen Instrumenten (z. B. Produktverbote, Zulassungsverfahren, Garantiezeiten, Einsatzquoten von Altmaterialien) über ökonomische Instrumente (z. B. Produktsteuern und -abgaben, Produkthaftung, Bepfandungen, öffentliches Beschaffungswesen) bis hin zu verbindlichen (z. B. Inhaltsdeklaration, Verbrauchshinweise, Kennzeichnungen) und freiwilligen Wareninformationen (z. B. Umweltzeichen, Testzeitschriften, Verbands- und Warenzeichen, firmenindividuelle Umweltzeichen). Sie sind in der Bundesrepublik Deutschland über Jahre hinweg historisch entstanden, ohne daß dem Ganzen ein erkennbares Gesamtkonzept zugrundelag. Deshalb sind sie auch recht unsystematisch miteinander verbunden; die Mehrzahl von ihnen wird vom Staat umweltpolitisch betrachtet kurativ eingesetzt. Nur wenige nehmen auf den Produktionsprozeß oder die Produktpolitik der Unternehmen präventiv Einfluß.

Eine ökologische Produktpolitik hat an den bestehenden Strukturen anzuknüpfen und sie entsprechend zu ökologisieren. Die heute in der Bundesrepublik besonders brisante abfallpolitische Situation sucht neue Antworten, die Verordnungen nach § 14 AbfG (bzw. Entwürfe) des Umweltministeriums sind eine erste Antwort auf die vielfältigen Probleme in der Abfallwirtschaft; mit ihnen wird versucht, die bisher praktizierte Abfallpolitik vom Kopf auf die Füße zu stellen. Dieses Spannungsverhältnis zwischen

Aus dem Inhalt

- 3 Programm der IÖW-Jahrestagung
- 3 Kampagnen als politisches Produkt. Produktpolitik ist auch Gesellschaftspolitik. *Markus Hesse, Meike Spitzne*
- 5 Ökologie der Zeit. Überlegungen zu einem Zugang ökologisch ausgerichteter Forschung und Praxis *Martin Held*
- 7 Zeitvergessenheit und Zeitbesessenheit der Ökonomie – und ihre ökologischen Folgen *Angelika Zahrt*
- 9 Geschwindigkeit und Beschleunigung – Orientierungen einer ökologischen Zeitpolitik *Meike Spitzner*
- 12 Umwelt-Controlling in der Möbelindustrie *Sabine Lehmann*
- 14 Umweltberichterstattung von Unternehmen: Mehrweg statt Einweg *Klaus Fichter*
- 14 Zur Entwicklung von Normen für Umweltmanagement und Öko-Audit *Jens Clausen*
- 16 Perspektiven einer sozial-ökologischen Bilanzierung *Volker Teichert*
- 18 Perspektiven des Großschiffahrtbaus der Meyer-Werft unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten *Dieter Behrent*
- 19 Die verlorene Ehre des Adam Smith. Ökologisierung der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre Workshop-Programm
- 20 Vergleichende Marktanalyse und Produktbewertung von Haushaltskühlgeräten aus ökologischer Sicht *Cornelia Weskamp*
- 21 Das System verursacherbezogener Umweltindikatoren Ein nicht-monetäres Informationssystem für die ökologische Erweiterung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
- 22 Tagungen
- 25 Rezensionen

der Mikro- und der Makroebene kann nicht einseitig aufgelöst werden. Weder Unternehmen alleine sind in der Lage, Probleme zu lösen, noch kann der Staat die *schöpferische Zerstörung* (Schumpeter) bzw. Gestaltung der Unternehmen übernehmen.

Ein kleines Beispiel mag eine weitere Problematik illustrieren: Die heute in Unternehmenskreisen kursierenden Schlagworte von Produkt-Ökobilanzierung und ökologischer Unternehmensführung erscheinen beinahe als eine Art Zauberformel. Es gibt eine ganze Reihe von Unternehmen, die ihre Produkte – basierend auf entsprechender fachlicher Unterstützung – ökologisch optimiert und damit auch Geld verdient haben. Würden andere Produkte (gleich ob eigene oder die der Konkurrenz) substituiert, so ergibt sich ein doppelter Erfolg: Ökonomische Profitabilität und ökologische Entlastung. Diese Effekte wurden jedoch zumeist wieder durch das allgemeine Wirtschaftswachstum und das Erschließen neuer Märkte konterkariert: Ein höherer Gesamtabsatz führt in toto *nicht* zu ökologischen Entlastungen, sondern zu höheren Stoffumsätzen und damit höheren ökologischen Belastungen. Daraus ist zu folgern, daß mikroökonomische Rationalität alleine nicht hinreichend sein kann, um gesellschaftliche Rationalität sicherzustellen.

Aus den bisherigen Bemerkungen sind zwei recht unterschiedliche Eingriffsebenen abzuleiten:

- zum einen die Gestaltung der Rahmenbedingungen,
- zum anderen die Beachtung des *großen* Zusammenhangs zwischen ökologischer Produktpolitik und Wachstumsdynamik sowie Verteilungsgerechtigkeit.

Die Gestaltung der Rahmenbedingungen

Das Instrumentenrepertoire einer ökologischen Produktpolitik sollte drei unterschiedliche Funktionen übernehmen:

- Informationsfunktion,
- Kontrollfunktion und
- Lenkungsfunktion.

Der erste Ansatzpunkt einer ökologischen Produktpolitik ist die Bewältigung des Informationsproblems. Die in diesem Zusammenhang bisher diskutierten Stichworte wie Produkt-Ökobilanzen, Produktlinienanalysen und betriebliche Umweltberichte beruhen alle auf dem Konzept der Freiwilligkeit. Für eine konzeptionelle Vorlaufs- und Erprobungsphase ist dies sicherlich richtig, jedoch langfristig nicht zielführend: Aus unserer Sicht haben Kunden, die Produkte erwerben, ein *Right to know*, ein Recht auf Information, welches ökologische Profil die von ihnen erworbenen Produkte besitzen. Dies gilt für Weiterverarbeiter, die Produktbilanzen erstellen, genauso wie für Endverbraucher/innen. Eine Möglichkeit in diesem Zusammen-

hang wäre eine Verpflichtung zur Offenlegung von Produktdaten. Dies könnte in Form eines Produktberichtes (Anm: Wir wählen absichtlich diesen Namen und nicht den der Produkt-Ökobilanz, um auf den abgespeckten Charakter eines Produktberichtes aufmerksam zu machen) erfolgen, in dem betriebsbezogene Daten zur

- Verfügbarkeit von Rohstoffen,
- Höhe des Materialverbrauchs,
- Art und Höhe der eingesetzten Energie,
- Belastung der Umweltmedien Luft, Wasser und Boden,
- recyclinggerechten Produktgestaltung,
- Produktlebensdauer und
- Verpackungsproblematik

aufbereitet und veröffentlicht werden. Ein solcher Produktbericht könnte auch Bestandteil eines (betrieblichen) Umweltberichtes sein.

Ferner sollte die Produktkennzeichnung, die Einrichtung einer Produkt- und Stoffdatenbank und der Aufbau einer Produktstatistik vorangetrieben werden. All diese Maßnahmen würden dazu dienen, nicht nur den Unternehmen, sondern auch den Verbrauchern Informationen zur Verfügung zu stellen, mit denen sie sich umfassender über die Produkte und deren Unterschiede informieren können (= **Informationsfunktion**).

Die Erstellung von Produktberichten könnte außerdem dazu beitragen, daß in den Betrieben neue gesellschaftliche Informations- und Kommunikationsstrukturen aufgebaut werden, damit die Arbeitnehmer/innen motiviert werden und deren Verantwortungsbewußtsein für die inner- und außerbetriebliche Umwelt gefördert wird. Gleichfalls lernen sie den Produktionsprozeß und die Produktpolitik der Unternehmen besser verstehen. Wie die bisherigen Modellprojekte zum Öko-Controlling gezeigt haben, sind auf den verschiedenen Hierarchieebenen neue Gremien eingeführt worden: So entstanden etwa auf der untersten Ebene bei der *Kunert AG* Öko-Arbeitsgruppen und Umweltzirkel. Auf der obersten Hierarchieebene übernimmt ein Vorstandsmitglied die Verantwortung für den Umweltschutz. Auf der darunterliegenden Ebene hat ein Vorstandsassistent die Funktion, die Bedeutung der umweltschutzbezogenen Aufgaben zu unterstreichen. Es wird vor allem Überzeugungsarbeit geleistet und versucht, das Engagement der Geschäftsleitung in das Unternehmen hineinzutragen.

Die Entwicklung von Unternehmensleitbildern spielt dabei eine wichtige Rolle, um die Denkhaltung der Vorstandsebene den Beschäftigten zu vermitteln. In diesem Zusammenhang kommt auch dem Betriebsrat eine zentrale Bedeutung zu, denn er hat sowohl informative als auch überwachende Aufgaben wahrzunehmen (= **Kontrollfunktion**). Eine weitere Möglichkeit wäre die Einrichtung von Verbraucherabteilungen oder Verbraucherbeauftragten in Unternehmen. Dadurch würden Erfahrungen der Nutzung von Produkten an deren Hersteller

rückgekoppelt. Daraus ließe sich auch eine Partizipation oder Mitbestimmung von Verbrauchern/innen an der betrieblichen Produktentwicklung und -politik ableiten.

Nicht zuletzt könnte die Einführung von Produktberichten auch zu einer Überarbeitung oder Ausweitung bestehender produktpolitischer Instrumente führen, indem etwa bestimmte Ergebnisse in die Produkthaftung, das Produktabgabensystem oder für Produktverbote eingehen (= **Lenkungsfunktion**). Ebenso ist der Trend zu immer kürzeren Produktzyklen zugunsten einer Erhöhung der Nutzungsdauer von Gütern zu durchbrechen. Diese Kehrtwende scheint sich in der Industrie bereits anzubahnen: Die entscheidende Innovationskraft beruht vor allem auf den steigenden Entsorgungskosten, denn angesichts der zunehmenden Verpflichtung, Produkte wieder zurückzunehmen, sehen sich die Produzenten gezwungen, die Entsorgungskosten möglichst niedrig zu halten. Damit wächst die Tendenz zur Wiederverwendung. Parallel dazu erfolgt ein grundlegender Nachfragewandel hin zu langlebigen Produkten.

Ökologische Produktpolitik, Wachstumsdynamik und Verteilungsgerechtigkeit

Eine ökologische Produktpolitik kann, wie angedeutet, nur eine Teilantwort auf dem Weg zu einem *nachhaltigen Wirtschaften liefern*. Eine *gezielte* Entmaterialisierung und *Funktionsorientierung* sind andere notwendige Stichworte. Diese Begriffe meinen, daß Produkte bestimmte Funktionen erbringen sollen, die derzeit noch viel zu häufig material- und umweltintensiv erbracht werden. *Sharing* und *Leasing*-Konzepte sind nur einige der bekannter gewordenen Schlagworte zu einer geringeren Material- und Umweltintensität. Sie weisen darauf hin, verstärkt Dienstleistungen und Servicekonzepte in Anspruch zu nehmen, die den Materialfluß optimieren könnten. Der Begriff der *Effizienzrevolution* schließt sich an diese Vorstellungen an. Diese Ideen können auf dem Wege der Nachhaltigkeit sicherlich weitere zusätzliche Beiträge leisten, die die einer ökologischen Produktpolitik ergänzen. Gleichwohl bleibt weiterhin die Frage offen, ob damit globale, nationale, personelle und intergenerative Verteilungsprobleme gelöst werden können. Unsere These ist, daß Lebens- und Wirtschaftsstilprobleme nicht durch eine Produkt- und Funktionspolitik alleine angegangen werden können, sondern daß es in diesem Zusammenhang einer *Bewußtseinsrevolution* bedarf, die als Anforderung leichter zu beschreiben ist, als sie inhaltlich auszugestalten ist. Vielleicht sollte in diesem Zusammenhang auf die weise Einsicht verwiesen werden, daß man das eine beginnen sollte, ohne das andere aus dem Auge zu verlieren.

Frieder Rubik, Volker Teichert,
Heidelberg

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.